



JUNGE WISSENSCHAFT IM ÖFFENTLICHEN RECHT

[Blog](#)
[Verein](#)
[Service](#)
[Tagungen](#)
[Kontakt](#)
[Weitere Projekte](#)

08.
Dez 2015

Kategorien:

Recht
dogmatisch,
Recht
politisch

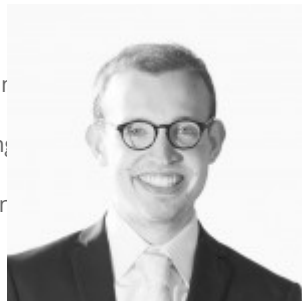
Kommentare:

1
Kommentar

Tags:

von DAVID GEORG STARK

David
Georg
Stark,
Organallokation
Organspende,
Organverteilung
TPG,
Transplantation
recht



Eine kürzlich eingereichte
Verfassungsbeschwerde
eröffnet dem
Bundesverfassungsgericht die
Möglichkeit, sich mit den
verfassungsrechtlichen
Anforderungen an die
Verteilung postmortal

gespenderter Organe (sog. Organallokation) zu befassen.
Dies bietet Anlass für eine verfassungsrechtliche
Würdigung des derzeitigen Grundkonzepts der
Organallokation im **Transplantationsgesetz (nachfolgend
TPG)**: Das Ergebnis ist im Hinblick auf eine notwendige
verfassungsgemäße Positionierung zwischen dem Ziel
eines egalitären Lebensschutzes aller potentiellen
Organempfänger und des prima facie beeindruckenden
Zieles der langfristigen Verlängerung von Lebenschancen
möglichst vieler Patienten jedenfalls besorgniserregend.

Der reguläre Weg einer postmortalen Organspende

Neues im JuWissBlog

Bundesamt für Verfassungsschutz
im Zentralisierungsdilemma-
Unnötiger Richtungsstreit oder
längst notwendige Positionierung?

Autonomie „über alles“: Eine Kritik
des Achmea-Urteils des EuGH

„Schleuser-Merkel“ – Wie Anzeigen
und Verdächtigungen den
politischen Diskurs bedrohen

Die Justiz Saudi-Arabiens: Ein
Rechtssystem im Wandel

Befragung statt Urwahl

Ein Klassiker mit Klasse – 60 Jahre
Lüth

Sechs Fragen an... Prof. Dr. Anne
Sanders, M.Jur. (Oxford), Professorin
an der Universität Bielefeld

Versammlungsverbot und
Datenspeicherung zum Schutz der
öffentlichen Sicherheit und
Ordnung?

Regulierungsrecht & Blockchain

Der derzeitige Weg einer regulären postmortalen Organspende verdeutlicht das Grundkonzept der Verteilung dieser Organe und lässt weitere Schwächen der derzeitigen einfachrechtlichen Ausgestaltung des Prozesses der Organtransplantation zum Vorschein treten:

Ein potenzieller Organempfänger muss zunächst, angestoßen durch den Vorschlag eines Arztes, auf eine Warteliste eines Transplantationszentrums aufgenommen werden. Die Entscheidungskriterien über die Aufnahme auf die Warteliste umschreibt § 10 II 1 Nr. 2 TPG als Kriterien, *„die dem Stand der Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft entsprechen, insbesondere (...) Notwendigkeit und Erfolgsaussicht einer Organübertragung“*. Hier kristallisiert sich bereits ein zentrales Problem der derzeitigen Regelung der Organallokation heraus: Bei einem sich verschlechternden gesundheitlichen Zustand eines Patienten auf einer Warteliste wird eine baldige Transplantation immer notwendiger, gleichzeitig verringert dieser Zustand des Patienten regelmäßig die Erfolgsaussicht einer derartigen Transplantation, die im TPG genannten Kriterien der Notwendigkeit und Erfolgsaussicht verhalten sich grundsätzlich gegenläufig. Die Bundesärztekammer besitzt die Aufgabe der Konkretisierung dieser sich regelmäßig widersprechenden Vorgaben gemäß § 16 I 1 Nr. 2 TPG. Den neben diesen Regelungen verbleibenden Spielraum üben die Transplantationszentren aus. Bei erfolgreicher Aufnahme auf die Warteliste ist das zuständige Transplantationszentrum zur diesbezüglichen Meldung an die Vermittlungsstelle (derzeit: die niederländische Stiftung [Eurotransplant International Foundation](#)) verpflichtet.

Das weitere Vorgehen richtet sich nach dem möglichen Spenderorgan. Die Koordinierungsstelle (derzeit: die [Deutsche Stiftung Organtransplantation](#)) ist verantwortlich für die Koordination des Prozesses der postmortalen Organspende. Zunächst muss geprüft werden, ob die Voraussetzungen für eine postmortale Organentnahme vorliegen. Bei positivem Befund bezüglich der Hirntoddiagnostik und der jedenfalls potentiellen Spendebereitschaft im Sinne von §§ 3 f. TPG erfolgt eine anonymisierte Meldung an Eurotransplant. Den sich anschließenden Schritt der Zuordnung dieses Organs an einen Empfänger umreißt der Gesetzgeber in § 12 III 1 TPG mit den identischen grundsätzlich widersprüchlichen Kriterien im Vergleich zu § 10 II 1 Nr. 2 TPG. Für die

konkrete Verteilung eines postmortal gespendeten Organs an einen Empfänger ist anschließend Eurotransplant zuständig. Vorgaben für diese Entscheidung liefern insbesondere die § 12 III 1 TPG konkretisierenden Richtlinien der Bundesärztekammer sowie das in allen teilnehmenden Staaten erlassene [Eurotransplant Manual](#). Im Besonderen die Richtlinien der Bundesärztekammer müssen den grundsätzlichen Gegensatz zwischen den Allokationskriterien der Erfolgsaussicht und Bedürftigkeit zur Ermöglichung einer konkreten Organverteilung auflösen. Eurotransplant erstellt computerbasiert mit diesen Allokationskriterien eine für das konkret zur Verfügung stehende Organ passende Warteliste und verteilt das Organ auf der Grundlage des in dem Eurotransplant Manual vorgegebenen Verfahrens. Es folgt die eigentliche Organübertragung.

Das TPG formuliert somit einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen dem utilitaristischen Allokationskriterium der Erfolgsaussicht und der Bedürftigkeit als möglichem Garanten eines egalitären Lebensschutzes, welchen es nicht einmal partiell auflöst: Jedoch scheint insbesondere im Lichte der Wesentlichkeitslehre des Bundesverfassungsgerichts eine genauere Konkretisierung durch den Gesetzgeber bezüglich der Kriterien zur Verteilung von Lebenschancen unerlässlich.

Die Darstellung des Verfahrens offenbart ein weiteres, sich hieran anschließendes Problem des Transplantationsrechts: Die problematische Organallokation übernimmt Eurotransplant unter maßgeblicher Beeinflussung der Bundesärztekammer, welche entgegen einer weit verbreiteten Vorstellung in der Bevölkerung lediglich ein nicht eingetragener Verein gemäß [§ 54 BGB](#) ist: Es entsteht der Eindruck, als entziehe sich der Gesetzgeber hier bewusst der Verantwortung in diesem grundrechtssensiblen und ethisch aufgeladenen Bereich durch die Abgabe von Kompetenzen an nichtstaatliche Akteure. Hier sticht dem Leser ein gravierendes Problem bezüglich der demokratischen Legitimation dieser nichtstaatlichen Akteure ins Auge: Dies scheint – dies ist die sehr überwiegende Meinung im rechtswissenschaftlichen Schrifttum – nicht überwindbar. Dennoch sei anzumerken, dass der Gesetzgeber die Kompetenzen der Bundesärztekammer zum Erlass von Richtlinien gemäß § 16 TPG durch das [Gesetz zur Änderung des](#)

Transplantationsgesetzes vom 21. Juli 2012 sogar ausgeweitet hat.

Verfassungsrechtliche Situation potentieller Empfänger postmortal gespendeter Organe

Potentielle Empfänger postmortal gespendeter Organe besitzen ein derivatives Teilhaberecht in Bezug auf die Verteilung dieser Organe. Dies ergibt sich insbesondere in Anlehnung an das **erste Numerus-Clausus-Urteil des Bundesverfassungsgerichts**: Wenn der Staat leistungsfähig auftritt, muss er diese Leistungen grundsätzlich in gleicher Weise allen Bürgern im Rahmen der Kriterien des Art. 3 I GG anbieten. Diese Pflicht besteht jedenfalls, sofern der Staat in einem Abschnitt faktisch als einziger Anbieter auftritt und die gegenständlichen Leistungen zur Verwirklichung von Grundrechtssphären notwendig sind. Die Organallokation ist Grundlage der Verwirklichung des Grundrechts auf Leben. Zudem ist durch die Schaffung des TPG eine Monopolisierung des Verfahrens der Verteilung postmortal gespendeter Organe eingetreten. Die Gretchenfrage der sich hieran anschließenden verfassungsrechtlichen Verteilungsdebatte ist, welche Kriterien der Staat anwenden darf, um eine begrenzte Anzahl von Organen an eine größere Menge potentieller Organempfänger zu verteilen.

Grundsätzliche Verfassungswidrigkeit utilitaristischer Allokationskriterien

Diese Debatte muss verfassungsrechtlich auf der Erkenntnis basieren, dass *„die antiutilitaristische Stoßrichtung der Grundrechtsordnung den egalitären Schutz der Lebens- und Gesundheitsinteressen jedes einzelnen Grundrechtsträgers über die Maximierung dieser Interessen in Summe“* (Gutmann/Fateh-Moghadam, in: Gutmann u.a., Grundlagen einer gerechten Organverteilung, 2003, 37, 102) stellt. Die Lebenswertindifferenz des Art. 2 II 1 in Verbindung mit Art. 1 I GG, welche eine Unterscheidung von Leben nach einzelnen Kriterien verbietet, spricht für dieses Ergebnis. *„Jedes menschliche Leben“*, so betont es das Bundesverfassungsgericht richtigerweise, *„ist als solches gleich wertvoll und kann deshalb keiner irgendwie gearteten unterschiedlichen Bewertung oder gar zahlenmäßigen Abwägung unterworfen werden“*. Das im TPG genannte Kriterium der Erfolgsaussicht steht im

Widerspruch hierzu. Ein reines Abstellen auf die Bedürftigkeit, welche freilich neben rein medizinischen Parametern zur Konkretisierung oft nahezu zwangsläufig auch normative Wertungen besitzt und jedenfalls näher konkretisiert werden muss, ist verfassungsrechtlich geboten.

Fazit

Organe stellen derzeit ein Gut mit einem potenziert höheren Bedarf als einem diesbezüglichen Spenderaufkommen dar und sind mithin Gegenstand von Gerechtigkeitserwägungen. Das Grundgesetz gibt bezüglich der Verteilung postmortal gespendeter Organe einen prinzipiell antiutilitaristischen Weg vor. Die Nennung der Erfolgsaussicht als Verteilungskriterium im TPG genügt dieser Anforderung nicht. Ein unter Umständen gesellschaftlich gewünschtes utilitaristisches Ergebnis könnte durch die Einführung eines anderen Modells der Organbeschaffung entstehen. Auf diesem schwierigen Gebiet sind fachliche und gesellschaftliche Diskussionen gefordert. Allerdings ist leider zu konstatieren, dass insbesondere vor dem Hintergrund des [aktuellen Organspendeskandals](#) eine erhöhte Diskussion dieses grundlegenden Themenkomplexes in der Gesellschaft nicht festzustellen ist. Dies ist insbesondere für Menschen, die auf den Erhalt eines postmortal gespendeten Organs angewiesen sind, ein nicht befriedigender Zustand. Eine zielführende Debatte würde auf der Erkenntnis der grundsätzlichen Verfassungswidrigkeit utilitaristischer Allokationskriterien basieren und insbesondere thematisieren, ob utilitaristische Tendenzen bezüglich der Organallokation gesellschaftlich gewünscht sind und, falls dies bejaht wird, wie diese im Rahmen der Organbeschaffung umgesetzt werden können. Hier wäre beispielsweise über die Einführung der Widerspruchslösung (grundsätzliche Zustimmung zur postmortalen Organspende, ein diesbezüglich gegenläufiger Wille muss explizit geäußert werden) in verschiedenen Varianten nachzudenken.

Teilen:



Der Kampf gegen den „Islamischen Staat“ – Die großen Probleme liegen nicht im Völkerrecht →

← Conference „Migration and Asylum: New Challenges and Opportunities for Europe“

EIN KOMMENTAR ZU „DU DARFST WEITERLEBEN, DU MUSST STERBEN“

Macha

2. Februar 2016 at 20:13

Ich persönlich habe eine Freundin die auf ein Spenderorgan wartet. Verständlicher Weise liegt mir viel daran, dass dem Thema genug Aufmerksamkeit geschenkt wird. Schade finde ich, dass das Gesetz nicht besagt, dass jeder automatisch als Organspender in Frage kommt, aber noch zu Lebzeiten schriftlich widersprechen kann. In Österreich ist es bereits so, wie man auf meinetransplantation.at/organspender/ nachlesen kann!

Reply

Hinterlasse eine Antwort

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind markiert *

Name *

Email *

Website

Ich bin kein Roboter.

reCAPTCHA

[Datenschutzerklärung](#) - [Nutzungsbedingungen](#)

Kommentar abschicken

- ☐ Benachrichtige mich über nachfolgende Kommentare via E-Mail.
- ☐ Benachrichtige mich über neue Beiträge via E-Mail.

Aktuelle Beiträge

Bundesamt für Verfassungsschutz
im Zentralisierungsdilemma-
Unnötiger Richtungsstreit oder
längst notwendige Positionierung?

Tagung zum Netzwerkrecht: Die
Zukunft des NetzDG und seine
Folgen für die Netzkommunikation

Autonomie „über alles“: Eine Kritik
des Achmea-Urteils des EuGH

„Schleuser-Merkel“ – Wie Anzeigen
und Verdächtigungen den
politischen Diskurs bedrohen

Die Justiz Saudi-Arabiens: Ein
Rechtssystem im Wandel

Two Years after the “March of Hope”
from Idomeni: Interventions against
Push-Backs along the Balkan
Route(s)

Vierter Kongress der
deutschsprachigen
Rechtssoziologie-Vereinigungen

Unpacking Economic and Social
Rights: International and
Comparative Dimensions

Rechtsvergleichung als didaktische
Herausforderung – Zur Bedeutung
der Rechtsvergleichung im
juristischen Studium

Befragung statt Urwahl

Ein Klassiker mit Klasse – 60 Jahre
Lüth

Sechs Fragen an... Prof. Dr. Anne
Sanders, M.Jur. (Oxford), Professorin
an der Universität Bielefeld

Versammlungsverbot und
Datenspeicherung zum Schutz der
öffentlichen Sicherheit und
Ordnung?

4. Tagung junger
ProzessrechtswissenschaftlerInnen

Regulierungsrecht & Blockchain

Kontakt

Junge Wissenschaft im
Öffentlichen Recht e.V.

Bucerius Law School
Jungiusstraße 6
20355 Hamburg
Telefon 040 30706 204
Telefax 040 30706 195

Kontakt zum Verein:
kontakt@juwiss.de

Kontakt zum JuWissBlog:
redaktion@juwiss.de

Hinweise zu Stellen, Call for
Papers, etc. bitte an:
service@juwiss.de

JuWiss-Blog abonnieren

E-Mail-Adresse

Abonnieren

Tweets

JuWiss

@JuWiss

Mehr Zentralisierung beim Bundesan
für Verfassungsschutz führt nicht
zwingend zu mehr Sicherheit finden
Biljana Vrhovac und Marc
Sprungmann und fordern stattdesser
eine verbesserte Zusammenarbeit de
verschiedenen Sicherheitsbehörden.
juwiss.de/25-2018/

	Bundesamt für V... von BILJANA VR... juwiss.de
--	---

5

JuWiss

@JuWiss

Unser wöchentlicher Service am
Montag mit vielen spannenden
Stellen. juwiss.de/service-am-mon...

	Service am Mont... Stellen Forschun... juwiss.de
--	---

26. März 201

☺